

# Telefonkosten werden oft zur Last

**JAHRESBERICHT** Schuldner- und Insolvenzberatung des Diakonischen Werks nach wie vor stark nachgefragt / 828 Klienten

**GIESSEN** (olz). Bundesweit sind 6,7 Millionen Erwachsene im Alter ab 18 Jahren überschuldet. Das entspricht einer Schuldnerquote von 9,9 Prozent wie sie auch in Stadt und Landkreis zu finden ist, berichtet Werner Ruppel-Sinn. Zusammen mit Doris Graf-Lutzmann stellte der Bereichsleiter der Schuldnerberatung des Diakonischen Werkes in Gießen den Jahresbericht der Schuldner- und Insolvenzberatung vor.

„Diese Quote zeigt sich in der nach wie vor hohen Nachfrage nach Schuldnerberatung“, betont Ruppel-Sinn. Für ein reguläres Erstgespräch gebe es derzeit eine Wartezeit zwischen vier und fünf Monaten, und auch die Notfallsprechstunde sei gut frequentiert. Neben den Standorten in der Gartenstraße und in der Weststadt ist die Beratung längst auch in Grünberg vertreten, wo aktuell einmal pro Woche eine Nachmittagsprechstunde abgehalten wird. „Insgesamt hatten wir im vergangenen Jahr 828 Klienten (452 Männer und

376 Frauen) und haben 76 Insolvenzanträge begleitet und gestellt“, so der Bereichsleiter. Zwischen Stadt und Land sind die Klienten etwa gleich verteilt. „Da der Kreis eine größere Einwohnerzahl hat, zeigt sich an diesem Verhältnis, dass die Stadt etwas stärker belastet ist“, erklärte Ruppel-Sinn.

## „Den Menschen im Blick“

Vom Ansatz her unterscheide sich die Beratung von juristisch und kaufmännischen Ansätzen. Diese Faktoren habe man bei der Diakonie im Blick, „aber wir betrachten auch den Menschen als solchen“. Dieses Vorgehen begründe sich daraus, dass viele Ursachen für Schulden – wie etwa Unterhaltsfragen – „rechts und links des Weges“ lägen.

„Grundsätzlich ist die Schuldnerberatung für alle offen“, unterstrich Ruppel-Sinn. In Zahlen bedeutet das, dass 38 Pro-

zent der Beratenen Arbeitslosengeld II beziehen, gefolgt von 30 Prozent, die der Gruppe der Arbeitnehmer zuzurechnen sind. Mit insgesamt 82 Fällen liegen die Rentner auf Platz drei. Bei den Schuldenarten nehmen Kosten für Telekommunikation mit 361 Fällen noch immer die Spitzenposition ein. 315 Klienten haben öffentliche Gläubiger wie das Finanzamt, am dritthäufigsten drücken Verbraucherkredite. Der Zugang zur Schuldnerberatung erfolge zu 56 Prozent aus Eigeninitiative, zu 16 Prozent durch Vermittlung von Behörden und Amtsgerichten, zu 14 Prozent über Banken und Sparkassen, zu neun Prozent durch andere Beratungsstellen.

Als wichtige Änderung des Jahres 2014 stellte Graf-Lutzmann die Reform der Insolvenzordnung vor. So könnten Arbeitnehmer in der Privatinsolvenz nach drei Jahren die Restschuldbefreiung erhalten, wenn sie in dieser Frist in der Lage sind, die Verfahrenskosten und 35 Prozent

ihrer Schuld zu begleichen. Nach fünf Jahren kann die Restschuldbefreiung erteilt werden, wenn zumindest die Verfahrenskosten bezahlt sind. Weitere Neuerung: Die Beratungsstelle der Diakonie fungiert als staatlich anerkannte Insolvenzberatung. „Das sind drei entscheidende Verbesserungen“, meint Graf-Lutzmann.

## Begrenzte Mittel

Es gebe aber auch ein Problem, denn in den vergangenen Jahren hätten Kreis und Stadt die zur Verfügung stehenden Mittel für die Schuldnerberatung nicht erhöht und auch das Budget der Diakonie sei gedeckelt. Gleichzeitig gab es Tarifierhöhungen, die letztlich über Personalreduzierungen kompensiert werden müssen. Derzeit liegt der Gesamtetat bei rund 350 000 Euro, von denen zu 59 Prozent Stadt und Land, 41 Prozent die Diakonie tragen.